

## **Stellungnahme zum „Netzentwicklungsplan Strom 2014 - Erster Entwurf“ vom 16.04.14**

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Netzentwicklungsplan ist nicht unbedingt dafür ausgelegt, auch von Laien kommentiert zu werden, obwohl doch gerade dies offenbar gewünscht wird (Seite 10 des Szenariorahmens 2013). Das ist sicherlich Absicht. Bereits das Vorwort enthält nur unklare und pauschale Aussagen, die in keiner Weise sachdienlich sind und hätten damit weggelassen werden können.

Nachfolgend meine Stellungnahme zu den diversen Positionen dieses ersten Entwurfs:

### **Zu Kapitel 1 – Prozess und Methodik**

Seite 13 – letzter Absatz

Energie muss dezentral, regional und damit nicht verbrauchsfern erzeugt werden. Die Vielzahl von dezentralen Energieerzeugern und Verbraucher muss so eingebunden werden, dass bestehende und durch den Atomausstieg frei werdende Netze primär genutzt werden können. Der europäische Binnenmarkt ist sekundär. Zunächst muss in Deutschland die Energiewende geschafft werden.

Seite 14 – Absatz 3

Von wem sind die Grundsätze zur Netzplanung anerkannt? Wo kann man diese nachlesen? Berücksichtigen die Methoden und Simulationsprogramme bereits die europäische Vernetzung?

Seite 16 – Absatz 2

Der Szenariorahmen sollte von der Bundesnetzagentur oder einer neutralen Stelle ausgearbeitet und dann den Netzbetreibern und der Öffentlichkeit zur Konsultation bereit gestellt werden. Da die dem Rahmen und die den Simulationsprogrammen zugrunde liegenden Daten der Öffentlichkeit nicht bekannt sind, ist es eigentlich ein Unding, wenn diejenigen die Vorgaben machen, die später dafür den Profit einstecken. Mit dem Bau der Trassen, den Netzentgelten und der Miteigentümer RWE durch garantierte Einspeisung des Kohlestroms in die neuen Trassen profitiert z. B. Amprion sogar dreifach.

Seite 16 – Absatz 6

Ein wirklich freier Energiemarkt ist in Deutschland nicht zu erkennen. Dieser wird beherrscht von den hinter den vier Netzbetreibern stehenden großen Stromerzeugern. Alternative Planungen wären also durchaus möglich.

Seite 17 – Absatz 2

Die für das NOVA-Prinzip eingesetzte Modellierungssoftware stammt von einem zur Universität Aachen gehörenden Institut (Seite 18). Wenn die Software von einem oder mehreren der Energiekonzerne finanziert wurde und damit Einflussnahme vermutet werden muss ergibt sich die Frage: Wer ist der Auftraggeber?

Seite 18 – Absatz 4

Bei der Methode zur Maßnahmenbewertung werden Redispatchmengen berücksichtigt. Dies wurde auf Seite 16 – Absatz 6 ausgeschlossen. Was stimmt?

Seite 21 – Absatz 3

Wenn ein eigenständiges EEG-Reform-Szenario, insbesondere die regionale Verteilung, noch nicht erkennbar ist, warum werden dann die riesigen HGÜ-Trassen überhaupt geplant? Bei entsprechender Planung müssten dann die nach Abschaltung der AKW's frei werdenden Leitungen ausreichen. Die Aussage im Absatz 4 kann daher nicht richtig sein. Es sieht so aus, als ob es gar nicht um die Energieversorgung Deutschlands geht, sondern um die Sicherstellung von garantierter Einspeisung und

damit Gewinnmaximierung für Kraftwerksbetreiber, d. h. die HGÜ-Trassen sind Voraussetzung für den Verkauf von Strom in ganz Europa.

#### Seite 22 – oberer Teil und Seite 23

Es ist m. E. eine Unterstellung, dass bei den erneuerbaren Energien nur Windkraft und das auch nur überwiegend im Norden forciert werden soll. Der Szenariorahmen 2013 sagt auf Seite 10 eindeutig, dass 50 Prozent der Zubaumaßnahmen an erneuerbaren Energien entsprechend dem Stromverbrauch auf die Bundesländer aufzuteilen sind. Eine bundesland-spezifische und dann bundesweite Planung ist daher zwingend erforderlich. Biomasse, als regelbare Energie, ist dabei auch ohne „Vermassung“ noch lange nicht ausgereizt. Daher müssen jetzt auch die im Zuge der Gabriel-Reform geplanten „kostensparenden“ Maßnahmen, die Biomasse und PV benachteiligen, nochmals überdacht werden.

#### Seite 24 – Planungsalternativen

Diese Seite ist für einen Laien absolut unverständlich, wenn er sich nicht intensiv mit den hier angegebenen Gesetzen und Paragraphen auseinandersetzt. Es entsteht der ungute Eindruck, dass es sehr wohl Alternativen gibt. Dies wird hier bewusst verschleiert, um die eine eigene Planung mit den monströsen HGÜ-Leitungen durchzusetzen.

#### Seite 25

Es fehlen komplett die Sensitivitätsbetrachtungen der gesundheitlichen Risiken für die Anrainer der HGÜ-Trassen und über die wirtschaftlichen Aspekte der Vernichtung von deren Vermögenswerten.

### **Zu Kapitel 2 – Szenariorahmen**

#### Seite 29 – Tabelle 3

Der Szenariorahmen ist verabschiedet und von der Bundesnetzagentur genehmigt, obwohl nicht einzusehen ist, warum Kohlekraft für B2024, B2034 und C2024 gegenüber den 2023er Zahlen nur geringfügig reduziert, die wesentlich besser regelbare Gaskraft aber stärker zurückgeführt wird.

#### Seite 30 – Absatz 1

Die Planung nach regionalen Gesichtspunkten ist laut diesem Absatz offenbar noch nicht ausgereift. Auch bei einer Verbesserung für 2015, sollte bereits für 2014 die Regionalisierung eine stärkere Beachtung in Bezug auf den Bedarf an HGÜ-Trassen finden.

#### Seite 31 – Absätze 4 und 5

Im Absatz 4 steht, dass Bayern bei Biomasseanlagen die Führung übernimmt, während im Absatz 5 ausgesagt wird, dass es bei diesen Anlagen eine Verschiebung nach West und Nord gibt. Was stimmt?

#### Seite 31 und 32 – Nachbildung des Auslands

Es spricht grundsätzlich nichts dagegen, wenn die Konzerne europaweite Stromgeschäfte machen wollen. Es ist klar erkennbar, dass der Bau der HGÜ-Trassen genau und auch nur diesem Zweck dient. Nicht akzeptiert werden kann, wenn dadurch wieder Atomstrom durch deutsche Netze verschoben werden soll. Und es ist auch nicht zu akzeptieren, wenn durch diese Geschäfte für wenige, große Teile unserer Landschaften zerstört werden. Der Export von Strom darf nicht Vorrang vor den Interessen unserer Bürger haben.

### **Zu Kapitel 3 – Marktsimulation**

Das Marktmodell BID3 scheint umfassend und mit den Änderungen zu 2013 auch ausgereift. Die Eingangsparameter sind insgesamt aufwändig dokumentiert aber für einen Laien nicht mehr transparent und damit letztlich Manipulationsmasse.

#### Seite 36 – Absatz 1

Es geht um die Energiewende. Laut diesem Absatz beruht die Planung des Kraftwerkseinsatzes ausschließlich auf Basis der geringstmöglichen Kosten. Dies bedeutet, dass die hoch subventionierte Kohlekraft gegenüber der nicht subventionierten Gaskraft noch auf viele Jahre Vorrang haben wird. Die Abbildung 15 auf Seite 49 zeigt das für alle Szenarien überdeutlich. Für die Energiewende ist das kontraproduktiv.

#### Seiten 37 bis 39

Auch auf diesen Seiten wird der europäische Stromtransfer als Bestandteil des Bundesnetzplans 2014 groß herausgestellt. Deutschland soll demnach zum Stromexportland Nr. 1 in Europa werden. Nur dafür werden die HGÜ-Leitungen benötigt. Der deutsche Stromkunde bezahlt diese Investitionen, die spätere Wartung und die gesetzlich garantierte Kapitalrendite von über 9 Prozent. Das kann nicht Sinn und Zweck des Bundesnetzplans 2014 sein.

#### Seite 40 – Absatz 4

Der spezielle Hinweis auf einen verlängerten Einsatz der äußerst problematischen Braunkohle muss zu einer Gegensteuerung führen. Die günstigeren Erzeugungspreise bei Braunkohle bringen nur den Energiekonzern etwas. Für die Bevölkerung bleibt die Zerstörung von Natur- und Kulturlandschaften beim Braunkohleabbau, sorgt damit für bleibende Schäden und zerstört Werte.

#### Seite 50 – Absatz 3

Laut dieser Darstellung wird der Stromsektor das vom Bund geforderte Ziel der Reduktion von Treibhausgasen in keinem Szenario auch nur annähernd erreichen. Natürlich liegt hier auch ein Versagen der Politik vor. Mit der Befreiung von der EEG-Umlage für energieintensive Wirtschaftszweige, kontinuierliche Förderung der Stein- und Braunkohle und Maßnahmen, die den Ausbau erneuerbarer Energien hemmen, unterläuft die Bundesregierung ihre selbst gesteckten Ziele.

Dazu gehört auch, dass die Zertifikate immer noch zu preiswert sind und es für die Konzerne daher nicht notwendig ist, in Alternativen stärker zu investieren. Die Abbildung 16 zeigt die Situation überdeutlich.

#### Seite 53 – Absatz 1

In allen Szenarien wird von einem gleichbleibenden Stromverbrauch ausgegangen. In Anbetracht der bis 2024 sicher in gravierendem Umfang erfolgenden Umstellung von Leuchtmitteln auf LED, den laufenden Aktionen des Austauschs auf energiesparende Elektrogeräte und auch diesbezügliche Maßnahmen der Industrie, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass das vorgegebene Ziel einer zehnpromtigen Reduzierung bis 2020 dann bis 2024 zu einem großen Teil realisiert sein wird. Dies muss im NEP 2014 abgebildet werden.

### **Zu Kapitel 4 - Netzanalysen und daraus abgeleitete Maßnahmen**

#### Seite 55 – Absatz 2

Nicht das einzig mögliche Netz? Auch eine Optimierung bzw. ein Ausbau des dargestellten Startnetzes wäre eine erreichbare Lösung, die allen Anforderungen effizient gerecht wird. Dieser von den Netzbetreibern beschriebene Entwurf nutzt nur den

Energiekonzernen. Die Anforderungen der Bürger bleiben unbeachtet. Das gilt auch für die Ausweitung des internationalen Stromgeschäfts.

Seiten 57 und 58

Wie diese bunten Darstellungen (Abbildungen 22 und 23) zustande gekommen sind wird nicht erklärt. Man gewinnt den Eindruck, dass bereits das heutige Netz, zu Gunsten besserer Renditen, schon länger vernachlässigt worden ist.

Seite 61 – Absatz 2

Es ist nicht schlüssig, warum bei den Kalkulationen keine Erdverkabelung gerechnet wurde. Die Netzbetreiber sprechen pauschal von einem Mehrfachen der Kosten. Das Spektrum der Aussagen reicht vom 4- bis zum 10fachen der Mastenverkabelung. In der Fachwelt und auch im wissenschaftlichen Bereich gibt es Berechnungen, die einen nur minimal höheren Aufwand ausweisen.

Laut den Angaben wird bei der Leitungslänge kalkulatorisch von Luftlinie mal Faktor 1,3 ausgegangen. Die sogenannte Vorzugstrasse beim Süd-Ost-Link geht dabei mitten durch die Veldensteiner Senke, dem größten Trinkwassereinzugsgebiet für den Großraum Nürnberg. Bei diesen empfindlichen, brüchigen und mit Hohlräumen versehenen Karstböden dürften die Kosten beim Bau der Mastenfundamente schnell in die Höhe steigen.

Seite 61 bis 69

Die Darstellung für die vier Szenarien bezieht sich ausschließlich auf Windkraft als Begründung für den Bedarf der vier HGÜ-Korridore. Zumindest für den Korridor D kann das nicht gelten, denn der Ausgangspunkt (Bad Lauchstädt) liegt in einem Braunkohleabbaugebiet.

Seite 70 – Absatz 4

Bei HGÜ-Leitungen, die 6 GW transportieren sollen, gibt es laut Text noch offene Fragen. Es wird nicht dargestellt, ob diese Fragen bei 2 bzw. 4 GW bereits beantwortet sind.

Seite 71 – Absatz 5 – 4. Punkt

Rein rechnerisch nehmen DC-Trassen weniger Raum in Anspruch, als bei AC-Netzausbau. Das ist graue Theorie. Bei der geplanten Höhe der Masten von 75 bis zu 100 Metern, sind diese über weite Strecken sichtbar und zerstören damit wesentlich mehr Landschaftsraum.

Seite 71 – Absatz 7

Durch diese DC-Leitungen entsteht ein großer volkswirtschaftlicher Schaden und kein Nutzen. Je nach Gelände werden in einem Korridor von 10 bis 20 Kilometern Breite die Grundstücke und Häuser unverkäuflich oder zumindest massiv entwertet. Bei über 2.000 Kilometern Leitungslänge kommt da ein stattlicher Betrag zusammen. Eine Entschädigung ist nicht vorgesehen. Im Gegenteil, die Betroffenen dürfen diese Baumaßnahmen über die Stromrechnung noch mitfinanzieren.

Seite 72 – Absatz 5

Es wird angezweifelt, dass diese 4 HGÜ-Trassen wirklich benötigt werden. Als Nichtfachmann kann ich die angeblichen regeltechnischen Vorteile natürlich nicht beurteilen. Laut Amprion handelt es sich bei diesen Projekten um Tests. Das heißt, es gibt noch keinerlei Erfahrungen und alle diesbezüglichen Aussagen sind theoretischer Natur. Wenn es dann nicht so klappt, haben wir den nächsten Berliner Flughafen mit einem dann noch größeren Schaden.

**Zu Kapitel 5 - Übersicht aller erforderlichen Maßnahmen sowie des Umsetzungsstands**

Seite 88 - Projekte D09 und D10a

Speziell diese Projekte sind nach unserem Kenntnistand nicht erforderlich. Die bereits im Bau befindliche „Thüringer Strombrücke“ stellt ausreichend Kapazität zur Verfügung. Ab Grafenrheinfeld kann das dann freie AKW-Netz verwendet werden.

## **Zu Kapitel 6 - Konsultation**

Seite 100- Kasten in der Seitenmitte

Der Netzentwicklungsplan 2014 – erster Entwurf wurde von den ÜNB ausgearbeitet und vorgelegt. Es ist nicht einzusehen, dass die im Rahmen dieser Konsultation gemachten Einsprüche wiederum von den ÜNB geprüft und berücksichtigt werden sollen. Diese Aufgabe müsste unbedingt die Bundesnetzagentur oder eine andere neutrale Stelle, durchaus in Zusammenarbeit mit den ÜNB, übernehmen.

## **Zu Kapitel 7 - Fazit**

Seite 102 – Absatz 1

Es muss festgestellt werden, dass dieses Marktsegment, mit den 4 ÜNB und den dahinter stehenden Stromkonzernen, von einem Oligopol mit ausgeprägten monopolistischen Strukturen beherrscht wird. Deren Interessen haben offenbar Vorrang vor den Interessen der Bürger. Ein freier Markt sieht anders aus. Der Stromkunde kann nicht frei wählen und muss die Maßnahmen hinnehmen. Die Mehrzahl der Bürger ist auch nicht in der Lage, an dieser Konsultation teil zu nehmen, mit der ein Anschein von Demokratie gewahrt werden soll.

## **Stellungnahme zum Anhang: Projektsteckbriefe Zubaunetz**

Projekt Korridor D: DC-Netzausbau HGÜ-Verbindung Sachsen-Anhalt – Bayern (Gleichstrompassage Süd-Ost)

Seite 241 – Absatz 1

In diesem Absatz wird nur von Windkraft und Pumpspeicherwerken (die es hier so gut wie nicht gibt) gesprochen, obwohl doch eindeutig erkennbar ist, dass überwiegend Braunkohlestrom in Lauchstädt eingespeist werden soll. Im Zuge des weiteren Ausbaus muss davon ausgegangen werden, dass auch Strom von AKW´s aus dem Ausland durch die Leitung geschickt wird.

Es werden in diesem Absatz Abgabepunkte in der Mitte Deutschlands erwähnt, obwohl diese auf der 450 Km langen Strecke von Lauchstädt nach Meitingen nicht vorgesehen sind. Daraus wird klar ersichtlich, dass diese Leitung für den zukünftigen internationalen Stromhandel gebaut werden soll. Ein Nutzen für die betroffenen Regionen ist nicht ersichtlich.

Seite 242 – Absatz 2

Dezentral aufgestellte Gaskraftwerke können die stillgelegten Kernkraftwerke in Zukunft vollständig ersetzen. Über das EEG müssen die Marktbedingungen dazu angepasst werden. Das ist machbar. Gaskraftwerke sind die sauberste Variante bei der Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen, werden von der Bevölkerung leichter akzeptiert und stellen unter dem Aspekt „Power to Gas“ die Zukunft dar.

Seite 242 – Absatz 4

Dieser Absatz begründet nicht die Notwendigkeit dieser Leitung. Bei Windstille und bewölktem Himmel im Süden muss nicht zwangsläufig im Norden der Wind wehen oder sie Sonne scheinen. Die alpinen Speicher haben eine viel zu geringe Kapazität, um die erforderliche Grundlast abzusichern. Für die Übergangszeit bis zur Speiche-

rungsmöglichkeit von regenerativ erzeugtem Strom geht es nur mit Gaskraftwerken. Dafür steht die komplette Infrastruktur zur Verfügung.

Seite 243

Diese Seite beschreibt klar, dass es nur am Rande um die Versorgungssicherheit in Süddeutschland geht, sondern im Wesentlichen um das internationale Stromgeschäft.

Seite 243 – Absatz 4

Es werden verschönernd thermische Kraftwerke allgemein erwähnt, obwohl doch klar ist, dass die Schürfrechte für Braunkohle noch lange genutzt werden sollen, um billigen Strom mit bestmöglicher Rendite zu erzeugen. Die Energiewende wird letztlich damit ausgebremst.

Seite 243 – Absatz 5

Welche Leistung können die relativ unbekannteren alpinen Speicher Bayern bei Flaute und dichter Bewölkung, die sich auch über Österreich und die Schweiz ausdehnen können, zur Verfügung stellen? Es ist nicht vorstellbar, dass dies ein Argument für das Projekt D09 ist.

## **Zusammenfassung**

Die bisher bekannten Stromtrassen sind ca. 25 bis 30 Meter hoch. Das ist auch nicht schön, aber daran hat man sich gewöhnt. Nicht gewöhnen wird man sich an die jetzt geplanten riesigen Gleichstromtrassen. Großprojekte dieser Art sind in der heutigen Zeit den Bürgern nicht mehr zu vermitteln und auch nicht durchzusetzen. Die Menschen verbringen heute ihre Freizeit überwiegend in unserer schönen Natur. Mit gewaltigen Schneisen zerstörte Wälder und Landschaften, 70 bis 100 Meter hohen Masten, die über weite Entfernungen zu sehen sind, passen nicht in die heutige Zeit. HGÜ-Leitungen sind sinnvoll über unbewohnten Gebieten, um große Entfernungen zu überbrücken, aber nicht im dicht besiedelten Deutschland.

Die mit den Leitungen verbundene stille Enteignung der Anwohner, deren Grundstücke und Häuser massiv an Wert verlieren, ist nicht zu akzeptieren. Bei Leitungslängen von mehr als 2.000 Kilometern und einer Bandbreite von 10 bis 20 Kilometern dürfte die Dimension für eine Entschädigung zu hoch sein.

Es ist auch unverantwortlich, die Sensitivität Gesundheitsrisiken nicht in die Planungen einzubeziehen. Menschen werden zu Versuchstieren.

Befasst man sich etwas intensiver mit diesem Entwurf des NEP 2014, werden auch weitere Täuschungsmanöver sichtbar, die mit dem eigentlichen Ziel, der Energiewende, nichts zu tun haben:

- Die Nutzung der schmutzigen, dafür aber billigen Braunkohle soll noch über Jahrzehnte festgeschrieben werden. Obwohl der richtige Weg, ist ein Wechsel zu Gaskraftwerken (auch Stichwort „Power to Gas“) wegen ungünstiger Marktbedingungen nicht vorgesehen. In diesem Fall werden von der Politik Marktbedingungen gefördert, die Konzernen nutzen, aber die Bürger schädigen. Die Politik kann und muss aber dafür auch die entsprechenden Stellschrauben ändern und anpassen.
- Der deutlich werdende eigentliche Grund für den Bau dieser HGÜ-Strecken ist doch das für die Zukunft geplante internationale Stromgeschäft. Das kann gerne gemacht werden. Aber auch dann hätte die Nutzung des bestehenden, technisch optimierten Netzes Priorität. Auch die Option, diese Kabel in die Erde zu legen, schädigt die Umwelt und die Finanzierung darf dann nicht den deutschen Stromkunden angelastet werden.

Mein Fazit: Dieses Planungsverfahren entspricht in keiner Weise einer demokratischen Willensbildung. Die meisten Menschen werden nicht in der Lage sein, diesen Entwurf zu kommentieren. Auch die Information der Bevölkerung über die Möglichkeit an der Konsultation

teilzunehmen ist äußerst dürftig, obwohl nicht nur die Anrainer betroffen sind. Leider wird daher die Anzahl der Einsprüche überschaubar bleiben.

Umso mehr werden wir versuchen, den Bau dieser HGÜ-Trassen, speziell den sogenannten Süd-Ost.Link, zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Lüttich

für die Bürgerinitiative Leinburg gegen die Stromtrasse Süd-Ost

